

GROSSBRITANNIEN

Hans-Hartwig Blomeier | Stephan Brandenburger

Der Jahreswechsel 2013/14 war in weiten Teilen der Küstenregionen Südwestenglands von rekordartigen Überflutungen gekennzeichnet. Heftige Regenfälle und Stürme führten durch ihre außergewöhnliche Dauer zur niederschlagsreichsten Dezember- und Januarperiode seit Beginn der Wetteraufzeichnungen in Großbritannien.¹ In den betroffenen Gebieten – vor allem in den Grafschaften Cornwall, Devon und Somerset – richteten die Unwetter immense Schäden an Infrastruktur, Landwirtschaft und privaten Haushalten an.²

Die aktuelle Studie des Genfer IPCC vom 31. März 2014 bestätigte die vielerorts geäußerte Befürchtung, dass Großbritannien in den kommenden Jahren immer mehr solcher Stürme und Niederschläge erleben werde. Als Ursache hierfür sehen die Autoren des Berichts den Klimawandel. Durch die Auswirkungen der Erderwärmung auf die Höhe des Meeresspiegels gehören die britischen Inseln ohnehin zu den Ländern Europas mit der größten Hochwassergefahr. Bis 2080 werden laut der Studie zwischen 250.000 und 400.000 Menschen in Europa von Überschwemmungen betroffen sein – insbesondere im Norden des Kontinents.³ Professor Samuel Fankhauser von der London School of Economics betont die Notwendigkeit für Großbritannien und Nordeuropa, sich mehr mit den wachsenden Bedrohungen der Küsten- und Festlandüberschwemmungen auseinanderzusetzen.⁴ Doch auch nach dem 2008 erschienenen „Pitt Review“, der von der britischen Regierung unter Premierminister Gordon Brown als Folge des unzureichenden Katastrophenschutzes nach den letzten verheerenden Überflutungen vor sieben Jahren in Auftrag gegeben wurde, gerieten das Krisenmanagement der Regierung Cameron und die zu spät einsetzende Katastrophen-

hilfe bei den jüngsten Überflutungen erneut in die Kritik.⁵

Im Zuge der notwendigen Haushaltskonsolidierungen hatte die britische Regierung die Mittel für den Hochwasserschutz seit 2010 um jährlich fünf Prozent zusammengestrichen. Flüsse und Bäche beispielsweise, die das zusätzliche Wasser hätten aufnehmen können, wurden nicht mehr ausgebagert.⁶ Der Premierminister allerdings beurteilte sein Verhalten als angemessen: „Wir haben von Anfang alles getan, um den Menschen zu helfen. Als mehr Pumpen benötigt wurden, haben wir mehr Pumpen eingesetzt. Wir haben mehr Mittel bereit gestellt und Soldaten in Marsch gesetzt.“⁷

In jedem Fall haben die aktuellen Überschwemmungen das Thema Klimawandel wieder mehr in den Fokus der gesellschaftspolitischen Diskussion in Großbritannien gerückt. Zwischen Conservatives, Labour und Liberal Democrats herrscht inzwischen Konsens darüber, dass den Auswirkungen des Klimawandels durch staatliche Programme begegnet werden muss. Einigkeit besteht auch darin, dass für einen nachhaltigen Erfolg nationale Anstrengungen allein nicht ausreichen, sondern internationale Klimaabkommen notwendig sind. Bei seinem Amtsantritt im Mai 2010 hatte Premierminister David Cameron noch angekündigt, sein neues Kabinett werde die „grünste“ britische Regierung aller Zeiten werden.

Trotz parteiübergreifender Einigkeit über die Förderung erneuerbarer Energien scheinen die Prioritäten bezüglich On- und Offshore-Windkraftanlagen unterschiedlich gelagert zu sein. Denn seit April dieses Jahres sorgt ein Vorstoß des Premierministers und seines Schatzkanzlers George Osborne über ein geplantes Moratorium für Onshore-Windkraftanlagen für eine kontroverse Debatte. Es wird darüber spekuliert, dass dies lediglich ein parteitaktisches Manöver Camerons im Zuge der 2015 stattfindenden Unterhauswahlen sei, um Kritiker seiner Klimapolitik

- 1 | Met Office, Centre for Ecology & Hydrology, „The Recent Storms and Floods in the UK“, 02/2014, http://metoffice.gov.uk/media/pdf/1/2/Recent_Storms_Briefing_Final_SLR_20140211.pdf [28.07.2014].
- 2 | „Schwere Stürme in Großbritannien und Frankreich“, *Die Welt*, 08.02.2014, <http://welt.de/article124659002.html> [28.07.2014].
- 3 | IPCC, „Summary for policymakers“, in: C. B. Field et al., *Climate Change 2014: Impacts, Adaptation, and Vulnerability*, 2014, http://ipcc-wg2.gov/AR5/images/uploads/WG2AR5_SPM_FINAL.pdf [28.07.2014].
- 4 | The London School of Economics and Political Science, Grantham Research Institute on Climate Change and the Environment, <http://lse.ac.uk/GranthamInstitute> [28.07.2014].

- 5 | Jochen Buchsteiner, „Hochwasser macht Politik“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11.02.2014, <http://faz.net/-gup-7m9wc> [28.07.2014].
- 6 | Oliver Bennett, „Flood defence spending in England“, Mitteilung SN/SC/5755, 12.02.2014, <http://www.parliament.uk/briefing-papers/sn05755.pdf> [28.07.2014].
- 7 | Jens-Peter Marquardt, „Die EU soll schuld sein an der Flut“, *Tagesschau*, 11.02.2014, <http://tagesschau.de/ausland/flut-briten100.html> [28.07.2014].

aus den eigenen Reihen zu besänftigen.⁸ Führende Politiker der Liberal Democrats, dem Koalitionspartner der Konservativen, ließen bereits durchblicken, dass sie dieses Vorhaben in einer gemeinsamen Regierung nach 2015 nicht unterstützen würden. Derzeit gibt es in Großbritannien rund 4.000 Onshore-Windräder, die fünf Prozent des Stroms produzieren. Weitere 3.000 Windräder sind in Planung. Laut einer Umfrage, die der *Guardian*⁹ zitiert, unterstützt eine Mehrheit der Briten die Förderung erneuerbarer Energien. Maf Smith vom Verband Renewable UK zeigt sich deshalb von Camerons Ideen enttäuscht. Onshore-Windräder seien wesentlich günstiger und zuverlässiger als Offshore-Windanlagen oder gar Atomkraftwerke und müssten deshalb weiterhin gefördert werden. Außerdem Sorge die Ankündigung eines Moratoriums für Unsicherheit bei potenziellen Investoren, so Smith.¹⁰

Mit dem „London Array“ steht an der Themse-Mündung immerhin der weltweit größte Offshore-Windpark. Zudem steuert Großbritannien rund 55 Prozent der europaweiten Offshore-Windenergie bei und ist damit Spitzenreiter.¹¹ Doch innerhalb der britischen Bevölkerung herrscht Unmut über gestiegene Preise für Strom und Gas. Verantwortlich dafür sollen die „Big Six“, die sechs größten Energie-Versorger in Großbritannien, sein: British Gas, EDF Energy, E.ON UK, npower, Scottish Power und SSE. Eine Mehrheit der Briten meint, dass diese nicht im Sinne der Verbraucher handeln und die Preise bewusst auf hohem Niveau halten. In diesem Zusammenhang hat Labour-Chef Ed Milliband für den Fall einer Regierungsübernahme nach den nächsten Unterhauswahlen eine Strompreisbremse angekündigt. Diesen Vorschlag wiesen Regierungsvertreter entschieden zurück. Er sei unseriös und zudem rechtlich kaum durchsetzbar.¹²

Während des London-Besuchs von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Februar dieses Jahres zeigte sich, dass sowohl Deutschland als auch Großbritannien klimapolitisch ähnliche Ziele verfolgen. Angela Merkel favorisiert eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes innerhalb der EU bis 2030 um 40 Prozent, ihr Amtskollege Cameron sogar um 50 Prozent im Rahmen eines VN-Abkommens.¹³ Dieser Vorschlag basiert auf einer Anfang 2014 veröffentlichten Analyse des britischen Umweltministeriums, wonach dieses Vorhaben mit einer Investition von gerade einmal 0,59 Prozent des BIPs erreicht werden könne und zugleich der Wirtschaft des Landes nütze.

Durch einen Rückgang des Bedarfs fossiler Brennstoffe aus dem Ausland seien EU-weite Einsparungen von bis zu 110 Milliarden Euro möglich.¹⁴

Die deutsche Energiewende, die von der Bundesregierung seit der Reaktorkatastrophe von Fukushima im März 2011 mit Nachdruck vorangetrieben wird, wurde in den vergangenen beiden Jahren durch den Economist kontinuierlich beobachtet. Die Ziele Deutschlands, seine Treibhausgasemissionen bis 2050 im Vergleich zu 1990 um 80 Prozent zu reduzieren – und das ohne den Beitrag von Atomkraft – hat in Großbritannien zu geteilten Reaktionen geführt: Einerseits wird der Ehrgeiz der Deutschen bewundert, andererseits besteht die Annahme, dass die deutsche Wettbewerbsfähigkeit durch diesen radikalen Umbruch in Mitleidenschaft gezogen werden könnte.¹⁵

Der Economist verweist dabei auf die komplexen Herausforderungen hinsichtlich Lagerung und Transport, um diesen ambitionierten Plan zu verwirklichen und sieht einen möglichen Erfolg der deutschen Energiewende durch interne Streitigkeiten zwischen den politischen Lagern und Zuständigkeitsbereichen gefährdet.¹⁶

8 | Rowena Mason, „Tories plan new attack on windfarms“, *The Guardian*, 01.04.2014, <http://gu.com/p/3z4aj> [28.07.2014].

9 | Ebd.

10 | Ebd.

11 | Matthias Thibaut, „London nimmt Klimaziele zurück“, *Der Tagesspiegel*, 05.06.2012, <http://tagesspiegel.de/politik/6710112.html> [28.07.2014].

12 | Guy Chazan und Jim Pickard, „Political uncertainty becalms wind plans“, *The Financial Times*, 07.04.2014.

13 | Sophie Yeo, „Merkel: UK and Germany have ‚common ground‘ on climate strategy“, *Responding to Climate Change (RTCC)*, 28.02.2014, <http://rtcc.org/2014/02/28/merkel-uk-and-germany-have-common-ground-on-climate-strategy> [28.07.2014].

14 | Department of Energy & Climate Change, *Policy summary of UK analysis on EU 2030 targets*, 27.02.2014, https://gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/285533/policy_summary_uk_analysis_eu_2030_targets.pdf [28.07.2014].

15 | „Germany’s energy transformation. Energiewende“, *The Economist*, 28.07.2012, <http://economist.com/node/21559667> [28.07.2014].

16 | „Germany’s energy reform. Troubled turn“, *The Economist*, 07.02.2013, <http://economist.com/news/europe/21571440-germanys-national-energy-project-becoming-cause-disunion-troubled-turn> [28.07.2014].

Im 2013 erschienenen *Oxford Energy Comment* kritisiert Professor John Rhys den deutschen Atom-Ausstieg von 2011 in aller Deutlichkeit. Deutschland, so Rhys, verfüge über die sichersten und modernsten Atomkraftwerke der Welt und habe sich nach der Fukushima-Katastrophe 2011 im Gegensatz zu Großbritannien ohne nachvollziehbare Gründe von dieser zuverlässigen, dem Klimaschutz nützlichen Energiequelle verabschiedet. Als Konsequenz daraus sei Deutschland mehr denn je auf die Nutzung von Kohle angewiesen – ein Widerspruch gegenüber den eigenen Ansprüchen und den Klimazielen der EU.¹⁷ Doch Deutschland ist auch abhängig von russischem Gas. Diese Konstellation birgt in der aktuellen Ukraine-Krise eine besondere Brisanz.

Atompolitisch gehen die Briten ganz andere Wege. Im März vergangenen Jahres genehmigte Energieminister Ed Davey den Bau eines neuen Kernkraftwerks im südenglischen Somerset. Es soll nach seiner Inbetriebnahme in etwa zehn Jahren sieben Prozent des britischen Stroms produzieren.¹⁸

In seiner EU-Grundsatzrede vom 23. Januar 2013 erwähnte Premierminister Cameron die Klima- und Umweltpolitik als einen Bereich, der nach seinem Willen lieber eine nationale anstelle einer EU-Kompetenz sein sollte. Dies würde seinem Land erlauben, ein besseres Gleichgewicht zwischen ökonomischer Wettbewerbsfähigkeit und notwendigen Maßnahmen im Klima- und Umweltschutz vorzunehmen. Im Regent's Report 2013 wird ausgeführt, dass Großbritannien seine CO₂-Emissionen zwischen 1990 und 2010 um rund 23,5 Prozent gesenkt hat und damit knapp vor Deutschland (21,7 Prozent) und deutlich vor Frankreich (8,6 Prozent) und Italien (8,2 Prozent) liegt.¹⁹



Großbritannien steuert rund 55 Prozent der europaweiten Offshore-Leistung bei. Der Windpark „London Array“ an der Themse-Mündung ist weltweit der größte seiner Art.

Seit 2012 versucht die britische Regierung mit dem so genannten Green Deal, private Haushalte zu mehr Energieeffizienz anzuhalten. Dahinter steckt ein großangelegtes Anreizprogramm, um 14 Millionen Hausbesitzer bis zum Jahr 2020 dazu zu bewegen, Maßnahmen wie isolierte Mauern, moderne Fenster und effiziente Heizungsanlagen auszuführen. Nicht die Hausbesitzer, sondern Einzelhändler und Stromversorger sind es, die zunächst für die Sanierung zahlen werden. Für Eigentümer erfolgt danach die Rückzahlung über die monatliche Stromrechnung. Die Einsparungen, die durch die Sanierung erzielt werden, dürfen hierbei allerdings nicht durch die monatlichen Rückzahlungen überschritten werden.²⁰

Seit dem Amtsantritt der Regierung Cameron im Mai 2010 hat sich Großbritannien klima- und energiepolitisch also zweifelsohne weiterentwickelt, doch Vorstöße wie das geplante Moratorium für Onshore-Windanlagen erscheinen in diesem Zusammenhang widersprüchlich.

17 | John Rhys, „Current German Energy Policy – the ‚Energiewende‘: A UK and climate change perspective“, <http://oxfordenergy.org/wpcms/wp-content/uploads/2013/04/Current-German-Energy-Policy-A-UK-and-climate-concern-perspective.pdf> [28.07.2014].

18 | „Großbritannien will neues Kernkraftwerk bauen“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19.03.2013, <http://faz.net/-h00-77sbk> [28.07.2014].

19 | John Drew und Martyn Bond (Hrsg.), *The UK & Europe: Costs, Benefits, Options. The Regent's Report 2013*, Regent's University London, <http://regents.ac.uk/files/regentsreport2013.pdf> [28.07.2014].

20 | „Ein Green Deal setzt in Großbritannien ganz neue Anreize“, FAZjob.NET, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, <http://fazjob.net/ratgeber-und-service/beruf-und-chance/umwelttechnik/120641.html> [28.07.2014].